



LANDESNACHRICHTEN

Sparen bei Beamten wird erschwert. Untersuchung des Justizministeriums durchkreuzt die Pläne der grün-roten Landesregierung

Frank Krause

Stuttgart - Volker Stich, der Landeschef des Beamtenbundes, hatte es geahnt. Seit Wochen warnte er die grün-rote Landesregierung vor Überlegungen, im Zuge ihres Sparkurses den Beamten an die Geldbörse zu gehen oder bei der Beihilfe, als den Gesundheitskosten, zu kürzen. Das werde, so hatte Stich mehrfach mit Blick auf geltende Urteile des Bundesverfassungsgerichts betont, zwangsläufig dazu führen, dass man im Namen der 240000 Beamten und 70000 Pensionäre erneut eine Klage in Karlsruhe angehe. Sein Argument: Solche Kürzungen sind verfassungswidrig, gerade bei den Pensionären. ()

So sieht man das nun auch innerhalb der Koalition. SPD-Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel sagte am Donnerstag unserer Zeitung, man habe sich eine Expertise des Justizministeriums eingeholt. Die Botschaft: Es liege zwar in der Hoheit der Bundesländer, die Beamtenbesoldung zu gestalten, aber das Argument „Die Gelder im Haushalt sind knapp, deshalb kürze ich bei den Beamten“ sei juristisch nicht tragbar.

Seit Wochen hängt der Haussegen zwischen den Beamten und Grün-Rot schief. Im aktuellen Landeshaushalt ist eine Sparsumme von 130 Millionen Euro eingeplant, die vor allem aus einer Verschiebung der Besoldungserhöhung kommt. Dabei soll es auch bleiben. Das hatte Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann am Mittwoch nach einem Gespräch mit Stich erneut betont. Die Grünen hatten zuletzt wiederholt angekündigt, in den nächsten Jahren bei der Beamtenschaft auch strukturell kürzen zu wollen.

Der Koalitionspartner sieht das anders. „Die SPD strebt nicht an, dort einzugreifen“, sagte Schmiedel am Donnerstag nach seinem Treffen mit Stich. Man werde das Thema nun „innerkoalitionär klären müssen“. Die Linie der SPD ist klar. Sie will nicht bei den Einkommen, sondern bei den Sachausgaben kürzen. „Da gibt's genügend Potenzial“, so Schmiedel, der als Beispiel den Kommunikationsbereich nannte. Die Details müssten in der geplanten Haushaltskommission von Grün-Rot erarbeitet werden. „Da brauchen wir den Sachverstand der Betroffenen“, bestätigte Schmiedel, dass in dem Gremium auch Abgesandte der Personalvertretungen und Gewerkschaften sitzen sollen.

Beamtenbund-Landeschef Stich zeigte sich am Donnerstag zufrieden mit der neuen Entwicklung: „Das Gespräch mit Herrn Schmiedel war sehr gut.“ Die SPD habe verstanden, dass die Regierung „keine Politik gegen die eigene Beamtenschaft“ machen könne. Der Weg zur Sanierung des Landeshaushalts mit einem Schuldenberg von rund 42 Milliarden Euro könne nur über die Kommission und mit Hilfe der Betroffenen gegangen werden. Zugleich appellierte Stich an die Grünen, der SPD-Linie nun zu folgen: „Ohne Garantien für Versorgung und Beihilfe wird das lodernde Ölfeuer nicht zu

löschen sein“, sagte der Beamtenbund-Chef über die aktuelle Stimmungslage bei den Staatsdienern und verwies auf die geplante Protest-Kundgebung am 3. März in Stuttgart.

#

Sparen bei Beamten wird erschwert

Untersuchung des Justizministeriums durchkreuzt die Pläne der grün-roten Landesregierung

VON FRANK KRAUSE

STUTTGART. Volker Stich, der Landeschef des Beamtenbundes, hatte es geahnt. Seit Wochen warnte er die grün-rote Landesregierung vor Überlegungen, im Zuge ihres Sparkurses den Beamten an die Geldbörse zu gehen oder bei der Beihilfe, als den Gesundheitskosten, zu kürzen. Das werde, so hatte Stich mehrfach mit Blick auf geltende Urteile des Bundesverfassungsgerichts betont, zwangsläufig dazu führen, dass man im Namen der 240 000 Beamten und 70 000 Pensionäre erneut eine Klage in Karlsruhe angehe. Sein Argument: Solche Kürzungen sind verfassungswidrig, gerade bei den Pensionären.

So sieht man das nun auch innerhalb der Koalition. SPD-Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel sagte am Donnerstag unserer Zeitung, man habe sich eine Expertise des Justizministeriums eingeholt. Die Botschaft: Es liege zwar in der Hoheit der Bundesländer, die Beamtenbesoldung zu gestalten, aber das Argument „Die Gelder im Haushalt sind

knapp, deshalb kürze ich bei den Beamten“ sei juristisch nicht tragbar.

Seit Wochen hängt der Haussegen zwischen den Beamten und Grün-Rot schief. Im aktuellen Landeshaushalt ist eine Sparsumme von 130 Millionen Euro eingeplant, die vor allem aus einer Verschiebung der Besoldungserhöhung kommt. Dabei soll es auch bleiben. Das hatte Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann am Mittwoch nach einem Gespräch mit Stich erneut betont. Die Grünen hatten zuletzt wiederholt angekündigt, in den nächsten Jahren bei der Beamten-schaft auch strukturell kürzen zu wollen.

Der Koalitionspartner sieht das anders. „Die SPD strebt nicht an, dort einzugreifen“, sagte Schmiedel am Donnerstag nach seinem Treffen mit Stich. Man werde das Thema nun „innerkoalitionär klären müssen“. Die Linie der SPD ist klar. Sie will nicht bei den Einkommen, sondern bei den Sachausgaben kürzen. „Da gibt's genügend Potenzial“, so Schmiedel, der als Beispiel den Kommunikationsbereich nannte. Die Details müssten in

der geplanten Haushaltskommission von Grün-Rot erarbeitet werden. „Da brauchen wir den Sachverstand der Betroffenen“, bestätigte Schmiedel, dass in dem Gremium auch Abgesandte der Personalvertretungen und Gewerkschaften sitzen sollen.

Beamtenbund-Landeschef Stich zeigte sich am Donnerstag zufrieden mit der neuen Entwicklung: „Das Gespräch mit Herrn Schmiedel war sehr gut.“ Die SPD habe verstanden, dass die Regierung „keine Politik gegen die eigene Beamtenschaft“ machen könne. Der Weg zur Sanierung des Landeshaushalts mit einem Schuldenberg von rund 42 Milliarden Euro könne nur über die Kommission und mit Hilfe der Betroffenen gegangen werden. Zugleich appellierte Stich an die Grünen, der SPD-Linie nun zu folgen: „Ohne Garantien für Versorgung und Beihilfe wird das lodern Ölfeuer nicht zu löschen sein“, sagte der Beamtenbund-Chef über die aktuelle Stimmungslage bei den Staatsdienern und verwies auf die geplante Protest-Kundgebung am 3. März in Stuttgart.

© 2012 STUTTARTER NACHRICHTEN